



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Kröll

Telefon: (0221) 221-25001

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: heike.kroell@stadt-koeln.de

Datum: 12.06.2015

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 11.06.2015, 10:00 Uhr bis 10:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Monika Möller	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Werner Marx	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Stefan Götz	CDU
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD
Herr Rafael Christof Struwe	SPD

Beratende Mitglieder

Herr Peter Mees	AfD
Herr Stefan-Lazar Mitu	INK
Herr Axel Hopfauf	auf Vorschlag der CDU
Herr Christoph Schmitz	CDU
Frau Alexandra Staufenbiel	auf Vorschlag der CDU

Herr Daniel Dahm

GRÜNE

Herr Tjark Sauer Linke Verwaltung

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Susanne Hohenforst

Herr Wolfgang Heintz

Frau Petra Powalka

Frau Lie Selter

Herr Uwe Strecker

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

Gesamtpersonalrat

Herr Jörg Dicken

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerrit Krupp	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Franz Hess	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN
Herr Markus Wiener	pro Köln

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Adolf	auf Vorschlag der StadtAG Behindertenpolitik
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln
Frau Valentina Kerst	auf Vorschlag der SPD
Frau Julia von Dewitz	auf Vorschlag der SPD
Frau Dr. Annette Wittmütz	auf Vorschlag der SPD
Frau Inge Duman	auf Vorschlag der Grünen

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eli Abeke	BÜNDNIS 14
----------------	------------

Herr Björn Blank

SC Janus e.V.

Herr Petelkau eröffnet die Sondersitzung des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales, begrüßt die Anwesenden und trägt folgenden Vorschlag der Verwaltung zur Aufnahme in die Tagesordnung vor:

Zusetzung:

I. Öffentlicher Teil

- 2.2 Personalsituation 2015 Perspektiven
1733/2015

Herr Petelkau schlägt vor, die Stellenplanvorlagen ohne Votum in die weiteren Gremien zu verwiesen.

Der Ausschuss erklärt sich mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise und der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners**
- 2 Mitteilungen der Verwaltung**
- 2.1 5. Frauenförderplan 2015 - 2017; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge
1480/2015
- 2.2 Personalsituation 2015 Perspektiven
1733/2015
- 3 Stellenplanvorlagen**
- 3.1 Stellenplan für das Jahr 2015 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln)
1510/2015
- 3.2 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2015
1516/2015

- 3.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2015
0172/2015

- 3.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2015
0156/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

(Herr Blank nahm nicht an der Sitzung teil. Die Verpflichtung erfolgt in der nächsten Sitzung.)

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 5. Frauenförderplan 2015 - 2017; Geschlechterdifferenzierter Bericht über Hebungs- und Abwertungsanträge 1480/2015

Frau Kronenberg teilt mit, dass sie vor Beginn der Stellenplanberatungen eine Analyse zum Stellenplan vortragen möchte.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Personalsituation 2015 Perspektiven 1733/2015

Herr Richter teilt mit, dass seine Fragen bereits in der Sitzung des Unterausschusses Stellenplan beantwortet wurden und er jetzt keine weiteren Rückfragen habe.

Herr Pohl teilt mit, dass die Fragen von Herrn Dr. Elster zur Personalsituation ebenfalls in der Sitzung des Unterausschusses Stellenplan beantwortet wurden. Er habe jedoch noch eine Rückfrage. Es seien im Saldo rund 825 Mehrstellen, mit zusätzlichen Kosten von etwa 43,5 Millionen Euro, bei einer Grundlage von etwa 50.000 Euro pro Dienstposten aufgeführt. Er fragt, wie die Mehrstellen finanziert und die Kräfte gewonnen werden sollen, da der Fachkräftemarkt doch relativ leer sei.

Frau Möller sagt, dass auch sie keine weiteren Rückfragen habe. Sie möchte jedoch der Verwaltung für die ausführliche und aussagekräftige Vorlage danken, die nicht nur den Stellenplan 2015 sehr gut erkläre, sondern auch perspektivisch die Eckdaten für den demographischen Wandel ausführe und zur Nachwuchssicherung Aussagen mache. Die Personalplanung sei gut und nachvollziehbar dargestellt, so dass sie den Vorlagen zustimmen könne.

Frau Tokyürek fragt, ob die Qualifizierungskurse für Migranten und Migrantinnen fortgesetzt werden und ob ein ähnlicher Kurs für Flüchtlinge angeboten werden könnte.

Herr Kahlen verweist zur Beantwortung auf Seite 12 der Stellenplanvorlage unter TOP 3.1; dort sei ein zusätzlicher jahresbezogener Personalaufwand von 43,75 Millionen rechnerisch für alle Stellen genannt. Im Hinblick auf den Veränderungsnachweis 2 sei dies in der Liquiditätsplanung bis 2018 kalkuliert worden. Es wurde berücksichtigt, zu welchem Zeitpunkt die Personalkosten aufgrund der verspäteten Startbedingungen tatsächlich anfallen werden und wie die Auswirkungen der anstehenden Beamtensoldung einzuplanen sind.

Auf der anderen Seite sei der Personalreserveplan im letzten Jahr und auch 2013

stark in Anspruch genommen worden. Der diesjährige Stellenplan bedeute daher auch den nachträglichen Vollzug von Entscheidungen, die teilweise schon in 2013/2014 getroffen worden seien.

Der tatsächliche Mehraufwand betrage für 2015 nicht 43,75 Millionen, sondern 6,9 Millionen Euro.

In früheren Sitzungen des Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales sei bereits über den Umgang mit den deutlich steigenden Flüchtlingszahlen für die Stadt Köln berichtet worden.

Es sei immer Wert darauf gelegt worden, dass bei den verschiedenen Ämtern, die sich mit dieser Thematik befassen, die Stellenanzahl synchron an die steigenden Flüchtlingszahlen in Köln angepasst werde. So seien 2014 ursprünglich 125.000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik erwartet worden und aktuell sei für April 2015 eine Prognose von 450.000 Flüchtlingen in 2015 in der Bundesrepublik gegeben worden. In der Sitzung des Unterausschusses sei angesprochen worden, dass bisher nicht alle vakanten Stellen besetzt werden konnten, trotz überregionaler Ausschreibung.

Weiterhin sei der Zeitpunkt einer möglichen Stellenbesetzung für 2015 berücksichtigt worden; dies auch unter der Fragestellung nach der Dauer einer Ausschreibung und des Auswahlverfahrens bis zum Einstellungstermin. Für diese Planungen sei eine Verabschiedung des Haushaltes am 23.06.2015 und eine Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln Ende August zugrunde gelegt worden.

Diese Finanzbedarfe seien auch von der Kämmerei geprüft worden, ob sie realistisch seien und möglicherweise einen Veränderungsnachweis auslösen könnten, mit der Folge eines weiteren Nachsparens. Dies sei jedoch nicht der Fall; der Rahmen der Liquidität werde eingehalten.

Die Frage nach einer Förderung für Personen mit Duldungsstatus habe er versucht, im Unterausschuss zu beantworten. Hierzu müsse eine mindestens sechsjährige Duldung bestehen, was derzeit für viele Flüchtlinge schwierig sei. Aber diesen Zeitraum müsse man planen, um einen Sprachkurs, ein Praktikum und anschließend eine Ausbildung erfolgreich zu absolvieren. Ein nachfolgender Arbeitsvertrag käme dem Erwerb von Berufserfahrung zugute. Voraussetzung hierfür sei allerdings ein gesicherter Aufenthaltsstatus. Entweder könne der erlernte Beruf hier weiter ausgeübt werden oder eine Rückkehr erfolge mit einer abgeschlossenen Ausbildung und beruflicher Erfahrung.

Frau Tokyürek fragt nach, ob die geplante Stichtagsregelung zum Bleiberecht eine Entschärfung bringen könnte.

Herr Kahlen weist darauf hin, dass in der Vergangenheit Härtefallregelungen für langjährige Duldungen mit dem Ziel, diese zu einem humanitären Ende zu führen, keine echte Lösung für viele Betroffene gebracht hätten.

Herr Petelkau dankt Herrn Kahlen für die ausführliche Beantwortung der gestellten Fragen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Stellenplanvorlagen

Frau Kronenberg führt aus, dass der Stellenplan nicht nur organisatorische Bedeutung habe, sondern auch für die Beschäftigten bei der Stadt Köln. Wer es schaffe, mit seinem Namen in die Liste zwei zukommen, werde befördert.

So profitieren von diesem Stellenplan 219 Beschäftigte, die eine Beförderung erhalten

sollen. Diese Beförderungen gehen zu 53% an Frauen. Gesamtstädtisch seien aber 64% der Beschäftigten der Stadt Köln Frauen und dies müsse sich auch in der Beförderungsquote widerspiegeln. Mit Blick auf die Ziele der Gleichstellung könne dieses Ergebnis nicht als befriedigend bezeichnet werden.

Zu den Ursachen: Von den Dezernaten lägen nur wenige Anträge zur Aufwertung von Stellen von Frauen vor, nämlich nur 52%. Hier müssten Führungskräfte, Dezernentinnen und Dezernenten verstärkt in die Pflicht genommen werden.

Für tarifbeschäftigte Frauen seien vergleichsweise weniger Anträge gestellt worden und sie werde sich für diesen Bereich nochmals mit dem Personalrat in Verbindung setzen, um sich gemeinsam zu engagieren.

Positiv zu erwähnen sei, dass von Beförderungen 66% Beamtinnen profitieren. Auch im höheren Dienst sei der Frauenanteil hoch. Vergleichsweise hoch sei auch der Anteil der Beförderungen bei der Feuerwehr, 13 Männer und nur eine Notärztin.

Als Resümee sei jede einzelne Höhergruppierung und Beförderung für die Betroffenen natürlich erfreulich. Aber im Hinblick auf die Frauenförderung und eine Entgeltgerechtigkeit sei dieser Stellenplan nicht zielführend.

Herr Richter möchte die Position zum Gesamtstellenplan darlegen und betont, dass durch wachsende Aufgaben, durch eine wachsenden Stadt Köln und die Zuordnung neuer Aufgaben ein Mehrstellenbedarf nachvollziehbar vorhanden sei.

Aufgrund des demographischen Wandels, der auch auf dem Bewerbermarkt stattfindet, würden auch die Befristungssegmente zurückgehen. Auch der Bewerbermarkt entwickle sich und bald würden nicht mehr die Arbeitgeber auswählen können, sondern die Bewerber den Arbeitgeber.

Bei einzelnen Schwerpunktsetzungen im Stellenplan sehe er jedoch noch Diskussionsbedarf. Vieles sei nachvollziehbar. Bei den angegebenen zusätzlichen 107 Ordnungskräften, sehe er jedoch einen geringeren Bedarf. Ausbaufähig seien hingegen die Bereiche des Verkehrs, insbesondere Radverkehr, und des Klimaschutzes.

Den grundsätzlichen Mehrbedarf an Stellen könne er nachvollziehen, er wolle nur noch einzelne Schwerpunkte verschieben.

Herr Pohl sieht die Mehrbedarfe als gerechtfertigt an und würde der Vorlage zustimmen können.

Die steigenden Krankenstände seien jedoch bedenklich. Wenn keine Veränderung eintrete, gehe man in den nächsten Jahren auf 10% zu. Insgesamt müsse auch das Thema Aufgabenkritik wieder in den Fokus gerückt werden. Beim Ordnungsdienst sehe er die 107 Stellen als gerechtfertigt, auch wenn diese über drei Jahre verteilt würden.

Herr Kahlen verdeutlicht, dass Stellen und nicht Stelleninhaberinnen oder Stelleninhaber bewertet würden.

Zum Klimaschutz führt er aus, dass seit 2011 insgesamt 8,5 Mehrstellen zugesetzt wurden; u.a. für die Einrichtung einer Koordinationsstelle bei Dezernat V mit rd. 3 Stellen, 1 Stelle zur Förderung der Abstellmöglichkeiten von Fahrrädern sowie jeweils 1 Mehrstelle für das Energiemanagement bei der Gebäudewirtschaft und der Kulturverwaltung. In Folge des Ratsbeschlusses zum „Integrierten Klimaschutzkonzept Köln 2013“ würden zum Stellenplan 2015 insgesamt 2 ¾ Stellen bei der Koordinationsstelle Klimaschutz zugesetzt. Beim Radverkehr sei in den vergangenen zehn Jahren die Stellenanzahl von drei auf dreizehn Stellen (inklusive der 2 Mehrstellen in der Stellenplanvorlage 2015) angehoben worden.

Zum Krankenstand teilt er mit, dass hier der demographische Faktor und somit die im Schnitt älter werdende Belegschaft der Stadtverwaltung bemerkbar wäre. Wie schnell die Maßnahmen aus dem betrieblichen Gesundheitsmanagement greifen, um den Anstieg der krankheitsbedingten Ausfallzeiten zu bremsen und bestenfalls zu reduzieren, hänge von den zurzeit geführten Marktgesprächen ab. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen würden dabei die Verbesserungsmöglichkeiten für die Arbeitsbedingungen und gesundheitsfördernde Arbeiten erörtern und entsprechende Vorschläge erarbeiten.

Auf Bundesebene gebe es ein Gesetz, dass, wenn eine neue Aufgabe hinzukomme, eine andere dafür aufgegeben werden müsse. Das Aufgabenportfolio der Stadt Köln habe in den letzten 20 Jahren jedoch deutlich zugenommen. Bei der Frage nach Einstellung von bisherigen Aufgaben gebe es eher den Hinweis, dass man angewiesen sei, diese Aufgaben fortzuführen, auch in Bezug auf die unterschiedlichen Entwicklungen von den einzelnen Stadtteilen in der Stadt Köln.

Die hier ausgewiesenen Stellen würden für die zu erledigenden Aufgaben benötigt. Dadurch gebe es keinen Effekt, dass Arbeitsplätze abgebaut werden könnten, um Kosten einzusparen.

Herr Petelkau dankt für die Beantwortung.

Herr Kahlen möchte noch eine ausstehende Antwort, auf eine Frage von Herrn Detjen nach den befristeten Arbeitsverhältnissen, aus der Sitzung des Unterausschusses Stellenplan geben.

Derzeit seien bei der Kernverwaltung 4,99 % befristet und bei der Gesamtverwaltung 6,33 %. Hierbei müsse berücksichtigt werden, dass besonders im Kulturbereich, wie dem Schauspiel, die meisten Befristungen an die Intendanz gebunden seien.

3.1 Stellenplan für das Jahr 2015 (incl. Stellenplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln) 1510/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2015 1516/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2015 0172/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für das Kalenderjahr 2015 0156/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales verweist die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Bernd Petelkau
Vorsitzender

Heike Kröll
Schriftführerin